

Einladung

zur

20. Sitzung am Freitag, dem 05.03.2021, 10.00 Uhr

in Erfurt, Landtag, Funktionsgebäude, Raum F 125/F125a

Tagesordnung:

- 1. Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2021**
Unterrichtung durch die Landesregierung nach Art. 67 Abs. 4 LV i. V. m. § 54 a GO
- [Vorlage 7/1246](#) -
dazu: - [Vorlagen 7/1340 /1624 /1738](#) /... -
- Kenntnisnahme 7/279 -

(Beratung gemäß § 78 Abs. 3 a Satz 1 Nr. 3 GO) *

- 2. Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über einen Binnenmarkt für digitale Dienste (Gesetz über digitale Dienste) und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG; KOM (2020) 825 endg.**
Unterrichtung durch die Landesregierung nach Art. 67 Abs. 4 LV i. V. m. § 54 b GO
- [Vorlage 7/1653](#) -
dazu: - [Vorlagen 7/1688](#)/... -

(Beratung gemäß § 78 Abs. 3 a Satz 1 Nr. 3 GO) *

- 3. Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über bestreitbare und faire Märkte im digitalen Sektor (Gesetz über digitale Märkte); KOM (2020) 842 endg.**
Unterrichtung durch die Landesregierung nach Art. 67 Abs. 4 LV i. V. m. § 54 b GO
- [Vorlage 7/1654](#) -
dazu: - [Vorlagen 7/1689](#)/... -

(Beratung gemäß § 78 Abs. 3 a Satz 1 Nr. 3 GO) *

4. vorbehaltlich der abschließenden Beratung im federführenden Innen- und Kommunalausschuss

Thüringer Gesetz für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen für den Thüringer Landtag im Jahre 2021 sowie zur Änderung weiterer wahlrechtlicher Vorschriften

Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 7/2043 -

dazu: - Vorlagen 7/1310 /1311 /1318 /1330 /1331 /1469 /1495 /1589 /1590 /1591 /1661 -

- Zuschriften 7/933 /942 /946 /951 /952 /956 /959 /960 /968 /969 /970 /972 /973 /974 /977 /978 /979 /983 /989 /993 /1022 /1033 /1038 /1051 /1052 /1054 /1060 /1061 -

5. **Bürger schützen, Grundrechte und parlamentarische Kontrolle stärken**

Antrag der Fraktion der CDU

- Drucksache 7/802 -

dazu: - Vorlagen 7/992 /993 - Neufassung - /994 /1021 -

- Zuschriften 7/653 /657 /658 /659 /660 /673 -

- Kennnismnahmen 7/113 - 120 /125 -

6. **Bericht der Landesregierung zur Entwicklung der Asyl- und Flüchtlingssituation**

Antrag der Fraktion der CDU gemäß § 74 Abs. 2 GO

- Vorlage 7/42 -

dazu: - Vorlagen 7/237 /763 /826 -

7. a) **Unruhen in der Thüringer Erstaufnahmeeinrichtung in Suhl**

Antrag der Fraktion der AfD gemäß § 74 Abs. 2 GO

- Vorlage 7/1434 - **)

- b) **Umsetzung von Quarantäneauflagen des Gesundheitsamtes Suhl in der Erstaufnahmeeinrichtung**

Antrag der Landesregierung gemäß § 74 Abs. 3 GO

- Vorlage 7/1441 -

8. **Verbesserung der Sicherheitslage vor dem Hintergrund der Vorfälle in der Landeserstaufnahmeeinrichtung Suhl in der Nacht zum 19. Januar**

Antrag der Fraktion der CDU gemäß § 74 Abs. 2 GO

- Vorlage 7/1561 - **)

9. **Einrichtung eines Landesamts für Integration, Migration und Flüchtlinge**

Antrag der Fraktion der CDU gemäß § 74 Abs. 2 GO

- Vorlage 7/1563 - **)

10. **Stand und Perspektiven der Erstaufnahme in Thüringen**

Antrag der Landesregierung gemäß § 74 Abs. 3 GO

- Vorlage 7/1560 -

11. a) **Unruhen in der Justizvollzugsanstalt Untermaßfeld**

Antrag der Fraktion der AfD gemäß § 74 Abs. 2 GO

- Vorlage 7/1419 - **)

- b) **Besonderes Ereignis in der Justizvollzugsanstalt Untermaßfeld vom 15. Dezember 2020**
Antrag der Landesregierung gemäß § 74 Abs. 3 GO
- [Vorlage 7/1440](#) -
12. **Aktuelle Lage und ergriffene sowie geplante Maßnahmen im Thüringer Justizvollzug zur Präventionsarbeit mit radikalisierten oder radikalierungsgefährdeten Straffälligen**
Antrag der Fraktion der FDP gemäß § 74 Abs. 2 GO
- [Vorlage 7/1724](#) - **)
13. **Gesundheitsmanagement bei Gerichtsvollziehern**
Antrag der Fraktion der FDP gemäß § 74 Abs. 2 GO
- [Vorlage 7/1725](#) - **)
14. **Erfahrungen mit § 13a des Thüringer Gesetzes zur Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes (ThürAGGVG)**
Antrag der Fraktion der CDU gemäß § 74 Abs. 2 GO
- [Vorlage 7/1750](#) -
15. **Arbeitsschutz und Arbeitsmedizinische Betreuung in der Thüringer Justiz**
Antrag der Fraktion der CDU gemäß § 74 Abs. 2 GO
- [Vorlage 7/1562](#) - **)
16. **Ausstattung von Entscheidern in der Justiz mit VPN-Zugängen**
Antrag der Fraktion der CDU gemäß § 74 Abs. 2 GO
- [Vorlage 7/1751](#) - **)
17. **Aktuelle Lage und ergriffene sowie geplante Maßnahmen in der Thüringer Rechtsreferendarausbildung zur Vermeidung von Ausbildungsrückständen und Benachteiligung bei Prüfungen**
Antrag der Fraktion der FDP gemäß § 74 Abs. 2 GO
- [Vorlage 7/1745](#) - **)
18. a) **FIDO-Verfahren - Ermittlungen wegen des Verdachts auf Organisierte Kriminalität und Geldwäsche laut der Berichterstattung von MDR und der Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 21. und 22. Februar 2021**
Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemäß § 74 Abs. 2 GO
- [Vorlage 7/1749](#) - ***)
- b) **Bericht aus Anlass aktueller Medienberichterstattungen zu Ermittlungen im Bereich der Organisierten Kriminalität Anfang der 2000er Jahre in Thüringen**
Antrag der Landesregierung gemäß § 74 Abs. 3 GO
- Vorlage 71754 -
19. **Gelegenheit zur erneuten Stellungnahme zu der abstrakten Normenkontrolle der Fraktion der AfD im Thüringer Landtag - VerfGH 110/20 -**
Unterrichtung und Überweisung durch die Präsidentin gemäß § 104 a Abs. 1 und 2 GO
- [Vorlage 7/1265](#) -
dazu: - [Vorlage 7/1732](#) -
- hier: - Gelegenheit zur Abgabe einer erneuten Stellungnahme gemäß § 104 a Abs. 2 GO

20. Sonstiges

- zukünftige Verfahrensweise des Ausschusses bei der Beteiligung des Thüringer Landtags an einstweiligen Rechtsschutzverfahren nach § 104 a GO
- ggf. Ausschusssitzung am Reservetermin 16. April 2021
- Prüfbitte aus der 19. Sitzung des AfMJV an die Landtagsverwaltung in einem Verfahren nach § 104 GO

Möller
Vorsitzender

- *) Auf der Grundlage eines zu fassenden Beschlusses des Ausschusses zu Beginn der Sitzung bei Feststellung der Tagesordnung wird die gemäß § 78 Abs. 3a Satz 1 Nr. 3 GO in öffentlicher Sitzung vorgesehene Beratung der TOP 1 bis 3 wegen der im Thüringer Landtag geltenden Pandemiestufe 1 ggf. gemäß § 78 Abs. 3a Satz 2 GO **in nichtöffentlicher Sitzung** durchgeführt.
- ***) Eine Unterstützung des Antrags gemäß § 74 Abs. 2 Satz 1 GO liegt bisher nicht vor.
- ***) Eine Unterstützung des Antrags gemäß § 74 Abs. 2 Satz 1 GO liegt vor.

Hinweise: Unter Bezugnahme auf den mit Wirkung vom 12. Oktober 2020 in Kraft getretenen Pandemie-Stufenplan des Thüringer Landtags wird darauf hingewiesen, dass der Zutritt zu den Ausschusssitzungen im Thüringer Landtag aufgrund der Corona-Pandemie Beschränkungen unterliegt. Gemäß der derzeit geltenden Pandemiestufe 1 ist der Landtag grundsätzlich für die Allgemeinheit gesperrt. Zutrittsberechtigt bleiben neben den Abgeordneten des Thüringer Landtags u.a. die Regierungsmitglieder und die Staatssekretärinnen und Staatssekretäre des Freistaats Thüringen, der Präsident des Thüringer Rechnungshofs sowie die Landesbeauftragten mit Sitz beim Landtag. Der Zutritt von Bediensteten der obersten Landesbehörden mit dienstlichem Anliegen zum Landtag ist nur mit Zustimmung der Präsidentin oder des Direktors möglich.

Zur Reduzierung von Kontakten, dem Schutz vor Infektionen sowie der möglichst weitgehenden Vermeidung von Schmierinfektionen über Gegenstände gilt in der derzeit geltenden Pandemiestufe 1 für alle Personen die Abstandsregelung von mindestens 2 Metern Abstand zu anderen Personen und ein verstärktes Reinigungs- und Desinfektionsregime.

Bei Sitzungen im Plenarsaal, in den Ausschusssitzungsräumen und in denen der Arena Erfurt besteht unter ergänzender Berücksichtigung der Hausverfügung der Präsidentin des Thüringer Landtags vom 19. Januar 2021 in der gesamten Liegenschaft die Pflicht zum Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung (FFP2-Maske). Am Sitzplatz wird das Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung (FFP2-Maske) dringend empfohlen.

Zum Schutz aller ist das Betreten des Thüringer Landtags grundsätzlich nicht möglich, falls Sie Symptome einer Covid-19-Erkrankung zeigen oder Sie in den letzten 14 Tagen persönlichen Kontakt zu einer Person hatten, bei der das neuartige Coronavirus im Labor nachgewiesen wurde. Haben Sie sich in den letzten 14 Tagen in einem Gebiet aufgehalten, für das gemäß aktueller Veröffentlichung des Robert-Koch-Instituts eine Einstufung als Risikogebiet erfolgte, muss für den Zutritt ein Nachweis über die Befreiung von der Quarantänepflicht von der zuständigen Gesundheitsbehörde vorgelegt werden.

Des Weiteren werden die Landesregierung, der Landesrechnungshof und die weiteren externen Sitzungsteilnehmer gebeten, die Zahl ihrer Sitzungsteilnehmer auf ein Mindestmaß zu begrenzen und der Landtagsverwaltung im Vorfeld der Sitzung u.a. zur Gewährleistung der Abstandsregelungen ihre Sitzungsteilnehmer namentlich mitzuteilen. Neben dem Schutz und der Wahrung des freien Mandats darf dessen

Ausübung auf keinen Fall zu einer Gefährdung von Leib und Leben anderer Abgeordneter, der Vertreterinnen und Vertreter anderer Verfassungsorgane sowie der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter führen.

Bedienstete der Ministerien müssen zur Nachverfolgung etwaiger Infektionsketten beim Betreten des Landtagsgebäudes einen ausgefüllten Fragebogen zur Selbsteinschätzung bei der Wache abgeben oder vorzeigen und im jeweiligen Ministerium für mindestens drei Wochen hinterlegen.

Um arbeitsmedizinischen Vorgaben zu entsprechen und auch um entsprechende Lüftungspausen durchzuführen, wird die Sitzung alle 75 Minuten für jeweils 30 Minuten unterbrochen.